
Vorsitz: Schweden

**SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES
(1333. Plenarsitzung)**

1. Datum: Montag, 30. August 2021 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 14.05 Uhr

Schluss: 15.05 Uhr

2. Vorsitz: Botschafterin U. Funered

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: SACHSTANDSBERICHT DES AMTIERENDEN
VORSITZES ZUM IMPLEMENTIERUNGS-
TREFFEN ZUR MENSCHLICHEN DIMENSION

Vorsitz (Anhang 1), Slowenien – Europäische Union, Frankreich (Anhang 2), Deutschland (Anhang 3), Polen, Vereinigte Staaten von Amerika (Anhang 4), Vereinigtes Königreich (Anhang 5), Niederlande (auch im Namen von Albanien, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Georgien, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, der Slowakei, Slowenien, Spanien, der Tschechischen Republik, der Ukraine, Ungarn, dem Vereinigten Königreich, den Vereinigten Staaten von Amerika und Zypern) (Anhang 6), Kanada (Anhang 7), Norwegen (Anhang 8), Bosnien und Herzegowina (Anhang 9), Schweiz (Anhang 10), Russische Föderation (Anhang 11), Belarus

Punkt 2 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

keine

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 2. September 2021, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1333. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1333, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER VORSITZENDEN

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

mit großem Bedauern müssen wir feststellen, dass es immer noch keinen Konsens zur Abhaltung der größten jährlichen Menschenrechtskonferenz Europas, des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension (HDIM), gibt. Dieses Treffen ist für die OSZE von größter Bedeutung und die wichtigste jährliche Veranstaltung in der dritten Dimension.

Obwohl wir uns alle verpflichtet hatten, die Tagesordnung spätestens vier Monate vor dem Treffen zu verabschieden, haben wir die Diskussionen bis jetzt, da uns nur noch ein Monat bleibt, fortgesetzt. Bedauerlicherweise ist eine Delegation noch immer nicht in der Lage oder willens, sich dem Konsens anzuschließen. Sie hat ihren Standpunkt bekräftigt, dass es nicht darum ginge, dass sie sich den anderen 56 anschließt: Es seien die anderen 56, die mindestens drei Vorbedingungen dieser einen Delegation erfüllen müssten, von denen jede einen bedeutsamen Präzedenzfall schaffen würde.

Viele haben sich flexibel gezeigt und waren bereit, Zugeständnisse zu machen, um den wenigen entgegenzukommen. Aber wenn man eine Liste von sich ständig ändernden Forderungen auf den Tisch legt und darauf besteht, dass diese erfüllt und mit dem eigenen einseitigen Ansatz abgeglichen werden müssen, um die Beschlüsse durchgehen zu lassen, dann nimmt man andere in Geiselschaft. Es ist eines, zu beklagen, dass nicht alle eigenen Prioritäten Zustimmung finden und berücksichtigt werden. Ich denke, dass vielen von uns sofort Themen einfallen, die uns ein größeres Anliegen sind, als diejenigen, die auf dem Tisch liegen. Eine ganz andere Sache ist es jedoch, sich auf den Standpunkt zu stellen, dass niemand anderes das HDIM haben soll, wenn meine Wunschthemen für das HDIM es nicht auf die Tagesordnung schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist unser aller Verantwortung, uns nach bestem Wissen und Gewissen für die rechtzeitige Verabschiedung von Beschlüssen einzusetzen, um die Planung, Vorbereitung und Organisation unserer mandatsgemäßen Treffen und die Arbeit unserer Organisation zu erleichtern. Das HDIM wird vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) organisiert, und damit das ODIHR dieses Treffen durchführen kann, benötigt es

Zeit, Vorhersehbarkeit und die Vorgaben des Ständigen Rates. Vorhersehbarkeit ist auch von größter Bedeutung für die Zivilgesellschaft, um ihr die Planung und Teilnahme am HDIM zu erleichtern. Wenn der gute Wille fehlt, erübrigen sich weitere Konsultationen. Das wäre unverantwortlich gegenüber den anderen 56 Teilnehmerstaaten, gegenüber den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die uns zur Rechenschaft ziehen wollen, und gegenüber dem ODIHR als dem im Mandat vorgesehenen Veranstalter.

Daher bedauern wir zutiefst, dass eine Delegation nach Ausschöpfung aller unserer Möglichkeiten und nach all unseren zusätzlichen Bemühungen während der Sommerpause immer noch nicht bereit oder willens ist, sich dem Konsens der anderen anzuschließen und diese längst überfälligen Beschlüsse zu fassen, damit der Ständige Rat die Leitlinien für die Abhaltung des diesjährigen HDIM erteilen kann.

Wir haben alle anerkannt, dass die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit das Herzstück des umfassenden Sicherheitskonzepts der OSZE bilden. Die Pandemie hat den besorgniserregenden Trend des demokratischen Rückschritts und der abnehmenden Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in der OSZE-Region weiter verschärft. Wir begehen in diesem Jahr auch den 30. Jahrestag des Moskauer Dokuments von 1991, in dem wir „kategorisch und unwiderruflich“ erklärt haben, dass „die im Bereich der menschlichen Dimension eingegangenen Verpflichtungen ein unmittelbares und berechtigtes Anliegen aller Teilnehmerstaaten und nicht ausschließlich eine innere Angelegenheit des betroffenen Staates darstellen“. In diesem Zusammenhang ist es ausgesprochen besorgniserregend, dass eine Delegation den Konsens zu den Beschlüssen für das diesjährige HDIM blockiert. Es ist von entscheidender Bedeutung, die dritte Dimension, die Arbeit der autonomen Institutionen der OSZE und deren Fähigkeit zu erhalten, die Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen in Bezug auf Menschenrechte, Grundfreiheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu unterstützen. Die Achtung dieser Rechte und Freiheiten gehört zu den Grundlagen der internationalen Ordnung und ist Voraussetzung für eine dauerhafte Ordnung des Friedens, der Sicherheit, des Rechts und der Zusammenarbeit in Europa und in der gesamten OSZE-Region.

Ich möchte noch einmal mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass trotz all unserer Bemühungen und trotz unserer glasklaren OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen, einschließlich eines Mandats des Ministerrats, alle drei Beschlussentwürfe für das HDIM weiterhin blockiert werden. Wer für die Notwendigkeit einer Reform der OSZE im Allgemeinen und der menschlichen Dimension im Besonderen eintritt, braucht nicht lange zu suchen.

Ich bedauere einmal mehr, dass es keinen Konsens über den Termin, die Tagesordnung und die Themen für die zweite Hälfte des Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension 2021 gibt. Wir haben das ODIHR davon in Kenntnis gesetzt. Daher wird der Vorsitz über das weitere Vorgehen in Bezug auf das HDIM 2021 nachdenken und wir werden zu gegebener Zeit auf Sie zukommen

Danke.

Bitte beachten Sie, dass diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beigefügt wird.

1333. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1333, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION FRANKREICHS

Frau Vorsitzende,

Frankreich schließt sich der Erklärung der Europäischen Union an und möchte bekräftigen, dass es den Vorsitz in seinen unablässigen Bemühungen um die Verabschiedung der drei Beschlüsse betreffend das jährliche Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) uneingeschränkt unterstützt.

Wir bedauern zutiefst, dass trotz mehrmonatiger intensiver Verhandlungen und der Kompromissbereitschaft aller Teilnehmerstaaten – mit Ausnahme Russlands – in Bezug auf Format und Inhalt des HDIM heute kein Konsens zu diesen Beschlusssentwürfen erzielt werden konnte.

Das HDIM ist die wichtigste Veranstaltung im Rahmen der menschlichen Dimension der OSZE und das größte regionale Treffen, das den Menschenrechten gewidmet ist.

Es trägt in jeder Hinsicht zu dem von dieser Organisation geförderten umfassenden Sicherheitsansatz bei. Genau in diesem Sinne haben unsere Staats- und Regierungschefs im Dokument von Helsinki ein Treffen in Warschau vorgesehen, das alljährlich die Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension überprüfen soll. Es wäre daher besonders bedauerlich, wenn das HDIM zum zweiten Mal in Folge auch in diesem Jahr nicht stattfinden könnte, sind doch nun alle Voraussetzungen für die Einberufung dieses Treffens unter gebührender Berücksichtigung der Erfordernisse der Sicherheit der öffentlichen Gesundheit gegeben.

Wir bekräftigen unsere Bereitschaft, heute gemeinsam mit unseren Partnern die drei vom schwedischen Vorsitz vorgeschlagenen Beschlusssentwürfe zu unterstützen, und fordern die anderen Teilnehmerstaaten, die dies noch nicht getan haben, auf, sich dem Konsens anzuschließen, um dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte genügend Zeit zu geben, das HDIM in diesem Jahr unter den bestmöglichen Bedingungen zu organisieren und die Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft in möglichst großem Umfang zu ermöglichen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte, diese Erklärung dem Journal des Tages als Anhang beifügen zu lassen.

1333. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1333, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Frau Vorsitzende,

ich schließe mich vollumfänglich der Erklärung der EU an. Ich möchte im Namen der Bundesregierung Folgendes ergänzen: Deutschland bedauert außerordentlich, dass wir auch heute erneut keine Einigung über Zeitpunkt, Themen und Agenda des diesjährigen Implementierungstreffens zur menschlichen Dimension (HDIM) erzielt haben.

HDIM ist die Hauptkonferenz der dritten Dimension der Sicherheit in der OSZE. Ihr jährliches Stattfinden beruht auf dem Beschluss der Staats- und Regierungschefs. Diesem Beschluss sind wir alle verpflichtet. Die Konferenz ist ein wichtiges Forum, um Defizite bei der Achtung der Menschenrechte im OSZE Raum zu identifizieren und diese Defizite abzustellen. Im vergangenen Jahr konnte HDIM auf Grund der damaligen Covid-Situation nicht stattfinden. Umso wichtiger wäre es, das diesjährige HDIM abzuhalten – in einer Zeit, in der politische Mitwirkungsrechte in einigen wenigen Teilnehmerstaaten massiv ausgehöhlt werden.

Mit dem heutigen Tage endet nach unserer Kenntnis die Frist, innerhalb derer ODIHR die Buchung des Tagungsorts für den im entsprechenden Beschlussentwurf vorgesehenen Zeitpunkt hätte vornehmen können. Zum bislang vorgesehenen Zeitpunkt Ende September wird HDIM somit wohl nicht stattfinden können. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ODIHR hatten alle dafür notwendigen Vorbereitungen getroffen. Für diesen Einsatz möchte ich ODIHR an dieser Stelle ausdrücklich danken.

Frau Vorsitzende,

der schwedische Vorsitz hat alles in seiner Macht Stehende getan, um einen Konsens zu den drei Beschlussentwürfen unter den Teilnehmerstaaten zu finden. Ich danke Ihnen, Ihrer Delegation und Ihrer Regierung für Ihre unablässigen Bemühungen seit Beginn Ihres Vorsitzes und sogar während der verkürzten Sommerpause.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir alle hier sind Diplomaten und Diplomatinen. Unser Beruf ist es zu verhandeln, um gemeinsame Lösungen zu finden.

Die überwältigende Mehrheit der Teilnehmerstaaten zeigte sich in den Verhandlungen in den vergangenen Monaten verhandlungs- und kompromissbereit. Aber eine Delegation, die Russische Föderation, pocht weiterhin auf ihren Maximalforderungen und hat diese sogar immer wieder erweitert beziehungsweise kombiniert. Das entspricht nicht dem Geist von Verhandlungen. Verhandlungen in guter Absicht – mit dem Ziel der Einigung – setzen den Willen aller Beteiligten voraus, Kompromisse zu finden.

Es ist schwer nachzuvollziehen, warum die Russische Föderation bei den Hauptkonferenzen in der ersten und zweiten Dimension, dem ASRC und dem EEF, ein gemischt physisch-virtuelles Format ohne Probleme akzeptiert, bei HDIM aber unter allen Umständen auf einem physischen Treffen besteht. Gerade wenn wir der Zivilgesellschaft möglichst weitreichend Gelegenheit zur Mitwirkung geben wollen, wäre ein hybrides Format in Zeiten naheliegend, in denen die weitere Entwicklung der Covid-Epidemie mit ihren Varianten nicht vorhersehbar ist. Dennoch sind wir alle, einschließlich des Sitzstaats von ODIHR, Polen, und ODIHR selbst bereit, dieser Forderung gerecht zu werden. Und ich möchte an dieser Stelle den polnischen Kollegen und Kolleginnen ausdrücklich dafür danken. Wir alle wissen auf Grund unserer nationalen Pandemieregulungen, dass dies kein leichtes Unterfangen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die zahllosen Verhandlungsrunden auf verschiedenen Ebenen haben aber deutlich gezeigt, dass die russischen Maximalforderungen in ihrer Summe nicht konsensfähig sind. Die übrigen Teilnehmerstaaten haben im Laufe der vergangenen Monate bereits erhebliche Zugeständnisse gemacht. Es ist höchste Zeit, dass die Russische Föderation ihrerseits ihre Position überdenkt. Wir alle sind nicht nur durch den Beschluss von Helsinki zur Abhaltung eines jährlichen HDIM verpflichtet. Wir sind es auch den Bürgerinnen und Bürgern unserer Staaten schuldig, zu deren Sicherheit wir Selbstverpflichtungen in der OSZE eingegangen sind.

Ich bitte Sie, diese Erklärung in das Journal des Tages aufzunehmen. Vielen Dank.

1333. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1333, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA**

Danke, Frau Vorsitzende.

Der Vorsitz hat viele Monate lang unermüdlich und kreativ mit einer Vielzahl von Teilnehmerstaaten zusammengearbeitet, um einen Konsens zu den Verfahrensbeschlüssen für das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension 2021 (HDIM) zu erreichen. Meine Delegation und viele andere haben mit grundsätzlicher Flexibilität reagiert, und wir sind sehr dankbar für alle Bemühungen des Vorsitzes in den letzten acht Monaten.

Heute machte der Vorsitz die betrübliche Tatsache deutlich, dass ein Teilnehmerstaat – und wir alle wissen, dass es sich dabei um die Russische Föderation handelt – nach wie vor als einziger den politischen Willen aller anderen 56 Teilnehmerstaaten torpediert, das HDIM 2021 wie ursprünglich geplant ab 27. September abzuhalten. Darüber hinaus widersetzt sich Russland als einziger Staat dem 1992 in Helsinki von den Staats- und Regierungschefs erteilten Mandat und dem anschließenden Auftrag der Minister, das HDIM alljährlich abzuhalten. Das HDIM ist keine fakultative Veranstaltung.

Warum stellt sich Russland weiterhin einer gründlichen Überprüfung der Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch die Teilnehmerstaaten in den Weg? Die vom Vorsitz ausgearbeiteten Beschlusstexte – die alle anderen Teilnehmerstaaten mit Ausnahme Russlands bereits jetzt zu billigen bereit sind – würden reichlich Gelegenheit für eine umfassende Überprüfung der Leistungen aller Teilnehmerstaaten bieten, auch meines eigenen Landes. Und ich betone, dass die Überprüfung durch das HDIM – ein Aushängeschild der OSZE – eine einzigartige Plattform für Diskussionen nicht nur zwischen den Teilnehmerstaaten, sondern auch mit der Zivilgesellschaft bietet, deren wichtige Rolle unsere Staats- und Regierungschefs immer wieder unterstrichen haben.

Warum versucht Russland, eine solche Überprüfung zu verhindern? Warum versucht Russland, die Diskussion über seine Implementierungsbilanz zu verhindern? Befürchtet Russland, keine plausiblen Antworten geben zu können?

Dass Russland den Weg zum HDIM 2021 weiterhin blockiert, wenn seine einseitigen Forderungen nicht erfüllt werden – das entspricht nicht dem Verhalten eines verantwortungsvollen Teilnehmerstaats. Alle anderen Teilnehmerstaaten sind bereit voranzukommen. Es ist für Russland an der Zeit, es uns gleichzutun.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende, und ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen zu lassen.

1333. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1333, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Frau Vorsitzende,

auf der letzten Sondersitzung des Ständigen Rates am 20. August haben wir unser Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass eine Delegation weiterhin den Konsens zu den Beschlüssen im Zusammenhang mit dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) 2021 blockiert. Wir haben diese Delegation eindringlich aufgefordert, sich dem Konsens anzuschließen, um sicherzustellen, dass wir ab dem 27. September ein aussagekräftiges HDIM abhalten können. Zehn Tage später ist es bedauerlicherweise dieselbe Delegation – die Russische Föderation –, die dem Konsens noch immer im Wege steht.

Frau Vorsitzende,

wir alle haben lange über diese Beschlüsse verhandelt, wobei viele Teilnehmerstaaten, darunter auch das Vereinigte Königreich, erhebliche Zugeständnisse gemacht haben, um uns zu einem Konsens zu verhelfen. Viele von uns haben widerstrebend zugestimmt, dass Themen gestrichen wurden, die wir gerne auf der Tagesordnung des HDIM gesehen hätten. Das Vereinigte Königreich wollte beispielsweise demokratische Wahlen als Sonderthema in den Vordergrund rücken, ein Thema, das angesichts der aktuellen Herausforderungen für die Demokratie im OSZE-Raum in diesem Jahr besondere Aufmerksamkeit verdient. Andere Delegationen hatten ihre jeweils eigenen Anliegen, je nach ihren eigenen nationalen Schwerpunkten. Wir haben uns alle Vorschläge aufmerksam angehört und sie wohlwollend kommentiert.

Letztendlich schlug der Vorsitz nach monatelangen Diskussionen die vorliegenden Entwürfe als besten Weg zu einem Konsens vor. Sie stellen einen fairen und vernünftigen Kompromiss dar, der sich weitgehend auf Präzedenzfälle und Formulierungen aus früheren Jahren stützt. Wie auch andere Teilnehmerstaaten hat das Vereinigte Königreich seine Zustimmung erklärt.

Frau Vorsitzende,

Konsensbeschlüsse erfordern Kompromisse. Kein einzelnes Land sollte alle übrigen Staaten erpressen, indem es verlangt, dass seine Prioritäten oder seine eigenen

Formulierungen Vorrang vor den Auffassungen aller anderen haben müssen. Doch genau das ist bei dem Ansatz der Fall, den die russische Delegation derzeit verfolgt. Dieser Ansatz steht im Widerspruch zu unserem gemeinsamen Ziel, die OSZE als Instrument zur Förderung von gegenseitigem Verständnis und Vertrauen zu nutzen.

Wir fordern die russische Delegation auf, sich heute dem Konsens zu den Beschlussentwürfen anzuschließen.

Ich ersuche darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1333. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1333, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER NIEDERLANDE
(AUCH IM NAMEN VON ALBANIEN, BELGIEN, BULGARIEN,
DÄNEMARK, DEUTSCHLAND, ESTLAND, FINNLAND,
FRANKREICH, GEORGIEN, GRIECHENLAND, IRLAND, ISLAND,
ITALIEN, KANADA, KROATIEN, LETTLAND, LITAUEN,
LUXEMBURG, MALTA, MOLDAU, MONTENEGRO,
NORDMAZEDONIEN, NORWEGEN, ÖSTERREICH, POLEN,
PORTUGAL, RUMÄNIEN, SCHWEDEN, DER SLOWAKEI,
SLOWENIEN, SPANIEN, DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK, DER
UKRAINE, UNGARN, DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH, DEN
VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA UND ZYPERN)**

Danke, Frau Vorsitzende.

Ich beehre mich, diese Erklärung im Namen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sowie im Namen Albaniens, Georgiens, Kanadas, Islands, Moldaus, Montenegros, Nordmazedoniens, Norwegens, der Ukraine, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika abzugeben.

Frau Vorsitzende,

wir bedauern zutiefst, dass zu den drei Verfahrensbeschlüssen für das diesjährige Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) kein Konsens erzielt werden konnte.

Wir sprechen dem schwedischen Vorsitz unsere Anerkennung für seine beharrlichen Bemühungen aus, in langen, offenen und partizipativen Konsultationen einen tragbaren Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Standpunkt zu finden. Die vom Vorsitz vorgelegten überarbeiteten Vorschläge stellen ein gutes und faires Gleichgewicht zwischen den verschiedenen von den Teilnehmerstaaten vertretenen Positionen her. Wir sind bereit, die Vorschläge zu unterstützen.

Seit Beginn dieses Jahres haben wir viel Zeit und Mühe darauf verwendet, einen Konsens zu den Verfahrensbeschlüssen für das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension zu finden. Während der gesamten Verhandlungen haben wir konstruktiv und flexibel erhebliche Zugeständnisse gemacht, um eine Einigung zu ermöglichen. Kompromisse sind das Prinzip multilateraler Diplomatie. Wir bedauern zutiefst, dass die Russische Föderation die Flexibilität, die Konstruktivität und den guten Willen, die wir gezeigt haben, nicht mit gleicher Münze erwidert hat.

Das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension ist die größte Menschenrechtsveranstaltung in der Region. Die Staats- und Regierungschefs der OSZE haben unmissverständlich den Auftrag erteilt, jedes Jahr ein HDIM abzuhalten. Die Überprüfung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension in einem offenen und echten Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus dem gesamten Gebiet ist ein wichtiger Teil der Rechenschaftspflicht, die die Teilnehmerstaaten ihren Bürgern schulden.

Das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension liegt in der gemeinsamen Verantwortung aller Teilnehmerstaaten. Wir haben unsererseits unser Möglichstes getan, um einen Konsens zu ermöglichen. Die Russische Föderation entzieht sich jedoch konsequent ihrer Verantwortung. Das ist nicht hinnehmbar und wir fordern diese Delegation auf, ihren Standpunkt zu überdenken und sich heute endlich dem Konsens zu den drei Beschlüssen anzuschließen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte alle Delegationen darauf hinweisen, dass diese Erklärung bis zum Ende des heutigen Tages allen offen steht, die sich ihr noch anschließen möchten.

Frau Vorsitzende, ich bitte Sie, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1333. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1333, Punkt 1 der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION KANADAS

Frau Vorsitzende,

wir sollten uns über die gegenwärtige Situation im Klaren sein. Heute Morgen hat die Russische Föderation im Vorbereitungsausschuss die drei Beschlüsse des Ständigen Rates über das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) laut Beschluss Nr. 476 des Ständigen Rates blockiert. Diese Beschlüsse wurden von so gut wie allen Teilnehmerstaaten unterstützt. Die russische Delegation versucht zwar, die Darstellung dieses Ereignisses zu verdrehen und wird das auch weiterhin tun, doch ist völlig klar, was geschehen ist. Es ist Russland, das sich dem Konsens nicht anschließen will, und es wäre in jeder Hinsicht unglaublich, darin etwas anderes sehen zu wollen als eine Verhinderung dieser Beschlüsse durch Russland. Das ist zutiefst enttäuschend und ein weiterer Beweis für die großen Herausforderungen, vor denen wir in der OSZE stehen, wo das Konsensprinzip mittlerweile in einem solchen Ausmaß als Waffe eingesetzt wird. Als die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Vorläufer der OSZE, ins Leben gerufen und das Konsensprinzip eingeführt wurde, hatten die Teilnehmerstaaten sicherlich nie die Absicht, es auf diese Weise zu nutzen, bei der eine Delegation ihre Unterstützung verweigert, bis alle ihre Forderungen erfüllt sind. Konsens sieht anders aus, und das ist auch kein gangbarer Weg in die Zukunft; den Konsens als Waffe einzusetzen, wie das derzeit geschieht, stellt eine ungeheure Gefahr für die Wirksamkeit dieser Organisation dar.

Frau Vorsitzende,

wie wir bereits erklärt haben, sind unsere Verpflichtungen aus dem Gipfeltreffen von Helsinki 1992 unmissverständlich. Das HDIM findet in jedem Jahr statt, in dem keine Überprüfungskonferenz abgehalten wird. Da es in diesem Jahr keine Überprüfungskonferenz gibt, besagt unsere Verpflichtung eindeutig, dass es ein HDIM geben muss. Letztes Jahr haben wir als Reaktion auf die außergewöhnlichen Umstände der Pandemie im Konsens beschlossen, das HDIM nicht abzuhalten. Das ist heute nicht mehr der Fall. Die Amtierende Vorsitzende und die überwiegende Mehrheit der Teilnehmerstaaten, darunter auch mein Land, haben sich nach bestem Wissen und Gewissen bemüht, einen Konsens über diese Beschlüsse herbeizuführen. Die Verhandlungen über diese Beschlüsse haben bis heute fast ein halbes Jahr gedauert. Diese Bemühungen in gutem Glauben stießen auf eine immer umfangreichere und sich ständig ändernde Liste von Forderungen seitens Russlands und auf

die Unnachgiebigkeit und mangelnde Bereitschaft Russlands, Kompromisse einzugehen und in demselben guten Glauben zu handeln. Trotz einer Reihe von Zugeständnissen und Konzessionen seitens aller anderen Teilnehmerstaaten verlangt Russland nach wie vor mehr und hat überdeutlich gemacht, dass es seine engstirnigen Interessen für wichtiger hält als unsere gemeinsame Verpflichtung in Bezug auf das HDIM.

Frau Vorsitzende, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

wir müssen unseren auf dem Gipfeltreffen von Helsinki eingegangenen Verpflichtungen zur Abhaltung eines jährlichen HDIM nachkommen. Helsinki 1992 und der Beschluss Nr. 476 des Ständigen Rates sind eindeutig, was die Verantwortung des ODIHR betrifft, das HDIM abzuhalten. Der Beschluss Nr. 476 des Ständigen Rates geht von Treu und Glauben aus; die Teilnehmerstaaten haben keine Verfahren zur Lösung von Situationen schriftlich festgelegt, in denen sich ein Teilnehmerstaat weigert, sich dem Konsens anzuschließen. Das HDIM nicht abzuhalten, würde eindeutig den Zielen der OSZE und den politischen Verpflichtungen zuwiderlaufen, die von den Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten eingegangen wurden. Es ist nicht zu vertreten, dass ein Teilnehmerstaat die HDIM-Beschlüsse blockiert, nur weil er versucht, den anderen Teilnehmerstaaten ein weiteres Zugeständnis abzurufen.

Die Verhinderung dieser Beschlüsse des Ständigen Rates durch Russland, hinter der – wie wir annehmen müssen – die Absicht steht, die Abhaltung des HDIM zu verhindern, ist eine Verletzung unserer Verpflichtungen, ein direkter Verstoß gegen einen Gipfelbeschluss und eine schwerwiegende Verletzung unseres Acquis.

Ich danke Ihnen, Frau Vorsitzende, und ersuche, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

1333. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1333, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION NORWEGENS**

Danke, Frau Vorsitzende.

Norwegen schließt sich voll und ganz der Erklärung des niederländischen Botschafters an, und ich möchte noch einige Punkte hinzufügen.

Zunächst möchte ich mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern anschließen und dem schwedischen Vorsitz erneut für seine nie erlahmenden Bemühungen, seine konstruktive Herangehensweise und nicht zuletzt für seine Geduld danken, mit der er versucht hat, einen Konsens über das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) herbeizuführen. Ich möchte auch dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte und Polen als dessen Gastgeberland dafür danken, dass sie die Planung unermüdlich fortgesetzt haben. Wir bedauern, dass es nicht gelungen ist, einen Konsens zu erzielen.

Der Vorsitz und viele Teilnehmerstaaten, darunter auch mein Land, haben sich aktiv um einen gemeinsamen Nenner bemüht und Bereitschaft gezeigt, auf der Suche nach einem Kompromiss Zugeständnisse zu machen. Wir sind seit langem bereit, uns auf die drei Beschlüsse zu verständigen, auch wenn der Beschlussentwurf teilweise ziemlich weit von unseren Vorstellungen entfernt ist. Aber in einer konsensbasierten Organisation kann ein einzelner Teilnehmerstaat nicht erwarten, dass alle seine Prioritäten erfüllt werden.

In diesem Jahr blockiert ein Staat das HDIM. Etwas anderes zu behaupten, ist nichts anderes als eine Missachtung der Kolleginnen und Kollegen, die sich über einen so langen Zeitraum in gutem Glauben in die Diskussionen eingebracht haben.

Es ist nicht das erste Mal in diesem Jahr, dass die Arbeit einer großen Anzahl von Teilnehmerstaaten und unserer gesamten Organisation durch Einzelinteressen behindert wird. Diese mangelnde Kompromissbereitschaft muss ein Ende haben.

Norwegen kann und wird nicht aufhören, nach einer gemeinsamen Basis zu suchen. Die norwegische Delegation ist zu jedem konstruktiven Dialog über sensible Fragen bereit und wird weiterhin im besten Interesse der OSZE und aller ihrer Teilnehmerstaaten arbeiten. Das Gleiche erwarten wir von allen anderen Teilnehmerstaaten.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.

Danke.

1333. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1333, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION VON BOSNIEN UND HERZEGOWINA**

Frau Vorsitzende,

Bosnien und Herzegowina bedauert zutiefst, dass in diesem Jahr kein Konsens über das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) zustande kam.

Wir sprechen dem schwedischen Vorsitz unsere Anerkennung für seine nie erlahmenden Bemühungen und ebenso konstruktiven wie lösungsorientierten Konsultationen aus, die darauf ausgerichtet waren, einen Konsens zu den für die Abhaltung des HDIM im Jahr 2021 erforderlichen Beschlüssen herbeizuführen. Dass die Konsultationen so lösungsorientiert waren, hat dazu geführt, dass die jüngsten Vorschläge ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den verschiedenen Standpunkten der Teilnehmerstaaten widerspiegeln.

Das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension ist die größte Menschenrechtsveranstaltung im OSZE-Raum, die es ermöglicht, die Verpflichtungen im Bereich der menschlichen Dimension in einem offenen Dialog gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus allen unseren Regionen zu bewerten. Sollte es sich als unmöglich herausstellen, in diesem Jahr einen Konsens über das HDIM zu erzielen, hoffen wir sehr, dass der Vorsitz Alternativen finden wird, um den Verlust des Dialogs zu kompensieren.

Danke, Frau Vorsitzende.

1333. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1333, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER SCHWEIZ**

Frau Vorsitzende,

1992 erteilten uns unsere Staats- und Regierungschefs in Helsinki den unmissverständlichen Auftrag, in jedem Jahr, in dem keine Überprüfungskonferenz stattfindet, ein Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) abzuhalten. Wir sind dazu verpflichtet, diesem Beschluss Folge zu leisten. Darüber hinaus ist es von entscheidender Bedeutung, den Stand der Umsetzung unserer gemeinsamen Verpflichtungen in der menschlichen Dimension sowohl aus Sicht der Regierungen als auch der Zivilgesellschaft zu bewerten. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig. Aus diesem Grund hat die Schweiz im vergangenen Jahr auf einem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension bestanden. Im Jahr 2020 fand das HDIM aufgrund der präzedenzlosen, außergewöhnlichen und unvorhersehbaren Umstände, die durch die COVID19-Pandemie verursacht wurden, nicht statt. Daher ist es umso wichtiger, dass wir uns darauf einigen, dieses Jahr ein HDIM abzuhalten.

Wir loben die Führungsrolle und die Bemühungen des schwedischen Vorsitzes bei der Kompromiss- und Konsensfindung zu den Verfahrensbeschlüssen zum HDIM. Viele Monate lang haben wir diese Fragen in offenen und umfassenden Konsultationen unter der Leitung des Vorsitzes erörtert. Die meisten Teilnehmerstaaten haben sich flexibel gezeigt und manchmal schwierige Zugeständnisse gemacht, um bestimmten Forderungen entgegenzukommen.

Wie wir alle wissen, arbeitet diese Organisation nach dem Konsensprinzip. Konsens setzt voraus, dass alle Teilnehmerstaaten ihren politischen Willen und ihre Bereitschaft zu Kompromissen unter Beweis stellen. Wenn diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, kann die OSZE nicht funktionieren. Wenn sich Delegationen allen Bemühungen der letzten Monate zum Trotz und ungeachtet des nachweislichen Willens zum Kompromiss nicht dem Konsens anschließen, laufen sie Gefahr, diese Organisation in einer Weise zu schwächen, die über die hier auf dem Spiel stehende Frage hinausgeht. Wir fordern daher diejenigen Delegationen, die sich dem Konsens noch nicht angeschlossen haben, auf, unserem gemeinsamen Interesse Vorrang einzuräumen und sich dem Konsens ohne weitere Verzögerung anzuschließen.

Frau Vorsitzende,

wir ersuchen darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beifügen zu lassen.

Danke.

1333. Plenarsitzung

Str.-Journal Nr. 1333, Punkt 1 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Frau Vorsitzende,

Russland erachtet das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension (HDIM) als die wichtigste Veranstaltung des Jahres in der menschlichen Dimension der OSZE. Angesichts dessen werfen die gegen Russland erhobenen Vorwürfe die Frage auf, ob nicht eigentlich diejenigen, die diese Vorwürfe erheben, unter einem fadenscheinigen Vorwand versuchen, dieses wichtige Menschenrechtsforum unserer Organisation loszuwerden.

Der fehlende Kompromiss unterstreicht die dringende Notwendigkeit, den dritten „Korb“ zu reformieren. Allein die Tatsache, dass wir über die Auslegung unserer Verpflichtungen nicht eines Sinnes sind, ist ein beredtes Zeugnis für die längst überfällige Notwendigkeit einer solchen Reform.

Willkürliche Auslegungen des Grundsatzbeschlusses Nr. 476 des Ständigen Rates sind inakzeptabel. Wir haben die Argumente einiger Länder sowie den Vorsitz dazu gehört. Man hat den Eindruck, dass sie den Sinn des Dokuments absichtlich verdrehen. Gestatten Sie uns, Ihr Gedächtnis aufzufrischen. In Abschnitt I Absatz 11 des erwähnten Beschlusses heißt es:

„Innerhalb von zwei Wochen nach dem Implementierungstreffen organisiert der Vorsitz eine Diskussion im Ständigen Rat, um Folgemaßnahmen zum Implementierungstreffen weiter zu erörtern. Der Direktor des BDIMR [Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte] berichtet über das Implementierungstreffen. Der Ständige Rat wird dabei weitere Anleitungen erteilen, die für Folgemaßnahmen zu den Ergebnissen des Implementierungstreffens und den abgegebenen Empfehlungen erforderlich sind, insbesondere im Hinblick auf die Vorbereitung des nächsten Ministerratstreffens

der OSZE. Er wird auch Themen für die nächsten drei Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension vorgeben, die bis 1. Februar zu beschließen sind.“

Absatz 12 lautet:

„Im Januar unterbreitet der Direktor des BDIMR dem Ständigen Rat Vorschläge über konkrete Themen, die für die Diskussionen in den Arbeitssitzungen III bis VIII des zweiten Teils des Implementierungstreffens vorzubereiten sind. In diesen Vorschlägen werden die Ergebnisse des vorangegangenen Ministerratstreffens der OSZE und der in Absatz 11 erwähnten Sitzung des Ständigen Rates berücksichtigt. Sie erfolgen nach Konsultation mit dem Vorsitz und gegebenenfalls mit Leitern von OSZE-Institutionen. Der Ständige Rat fasst bis 1. Februar einen Beschluss über die Themen. Bis 1. Februar beschließt er auch den Termin des Implementierungstreffens. Der Vorsitz beauftragt daraufhin den Direktor des BDIMR

und gegebenenfalls die Leiter anderer OSZE-Institutionen mit den nötigen Vorbereitungsarbeiten, um eine ergebnisorientierte Erörterung dieser Themen auf dem Implementierungstreffen zu ermöglichen.“

Außerdem heißt es in Abschnitt III Absatz 1:

„Bis spätestens 15. Februar verteilt der Vorsitz einen Gesamtjahreskalender der OSZE-Veranstaltungen zur menschlichen Dimension einschließlich der Implementierungstreffen, der Zusätzlichen Treffen, des Seminars zur menschlichen Dimension und anderer einschlägiger Veranstaltungen, um den Teilnehmerstaaten, den OSZE-Institutionen und -Feldeinrichtungen, anderen internationalen Organisationen und NGOs die Planung und Teilnahme zu erleichtern.“

In diesem Zusammenhang kann man sich zu Recht fragen: Ist das nicht das „Paket“, dessen Fehlen von einigen immer wieder beklagt wird? Und warum hat der Vorsitz die Bestimmungen des Beschlusses Nr. 476 nicht vollständig umgesetzt?

Wir ersuchen alle Teilnehmerstaaten, einschließlich des künftigen polnischen Vorsitzes, sich an Geist und Buchstaben unserer Verpflichtungen zu halten. Das würde auch dazu beitragen, einem Kompromiss näher zu kommen.

Darüber hinaus halten wir es für inakzeptabel, das HDIM herunterzuspielen, nicht zuletzt durch Versuche, es in einem Online-Format durchzuführen. Die langjährige Praxis zeigt, dass der Umfang, die Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und die Bedeutung dieses Treffens eine physische Anwesenheit unabdingbar machen. Wir fordern unsere Kolleginnen und Kollegen auf, diese Tatsachen zu berücksichtigen und die Argumente Russlands nicht falsch darzustellen.

Das Gleiche gilt für den Inhalt. Die Verweise auf „zahlreiche Zugeständnisse“, die Russland angeblich in Bezug auf die HDIM-Agenda gemacht wurden, halten einer kritischen Betrachtung nicht stand. Glauben Sie wirklich ernsthaft, dass z.B. die Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte während der Pandemie eine Angelegenheit ist, die nur unser Land betrifft? Wollen Sie nicht mit den Menschen auf der Straße in den Städten der OSZE-Teilnehmerstaaten darüber sprechen? Es wäre interessant zu erfahren, was sie Ihnen antworten. Übrigens steht das Thema demokratische Wahlen weiterhin auf der Tagesordnung: Es kommt unmittelbar nach der Eröffnungssitzung zur Sprache.

Es ist bezeichnend, dass die Tagesordnung des HDIM mit Themen gespickt ist, die die tatsächlichen Erwartungen der Menschen im OSZE-Raum nur unzureichend widerspiegeln. Wir haben während der zahlreichen Konsultationen immer wieder auf diese Themen hingewiesen, uns aber letztendlich dazu entschlossen, Ihnen entgegenzukommen.

Hingegen hat Russland darauf bestanden und besteht weiterhin darauf, die Tagesordnung des HDIM und die menschliche Dimension insgesamt mit Themen zu füllen, die wirklich relevant sind, darunter zweifellos die Bekämpfung des Neonazismus. Nicht nur Russland hält dieses Thema für brisant.

Wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, bei der Eröffnung der 46. Tagung des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen im Februar dieses Jahres betonte: „Wir müssen auch den Kampf gegen den wiederauflebenden Neonazismus, die weiße Vorherrschaft und den rassistisch und ethnisch motivierten Terrorismus verstärken. ... Weiße Vorherrschaft und neonazistische Bewegungen sind mehr als nur inländische Terrordrohungen. Sie werden zu einer transnationalen Bedrohung.“

Man denke auch an die Äußerungen des amerikanischen Außenministers Antony Blinken zu dem Hakenkreuz, das vor einigen Wochen in die Wand eines Aufzugs neben dem Büro des Sonderbeauftragten des US-Außenministeriums zur Überwachung und Bekämpfung des Antisemitismus eingeritzt wurde. Auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat offen erklärt, dass Neonazis „ohne jedes Tabu“ bekämpft werden müssen.

Im Rahmen der OSZE gibt es diesbezüglich klare Verpflichtungen sowie mehrere gemeinsame Erklärungen der Teilnehmerstaaten, die zum Teil auch auf Ministeriebene verabschiedet wurden.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die hartnäckigen Versuche einiger Länder, die Erörterung eines so dringenden Themas in der OSZE zu verhindern, gelinde gesagt merkwürdig. Ist ihnen bewusst, welche katastrophalen Folgen ein solches Vorgehen haben könnte? Das steht im Widerspruch zum Geist der Charta der Vereinten Nationen und der Schlussakte von Helsinki. Dies gilt umso mehr für das Bestreben, die Urteile des Nürnberger Tribunals in Vergessenheit geraten zu lassen.

Wie wir bereits in den Sitzungen des Vorbereitungsausschusses festgestellt haben, liegt die Verantwortung dafür, dass das HDIM aus inhaltlichen Gründen nicht abgehalten wird, ausschließlich bei den Staaten, die die Verherrlichung des Nationalsozialismus bemänteln und nicht einmal bereit sind, sich mit dem schändlichen Phänomen des Neonazismus auseinanderzusetzen. Es liegt aber auch am schwedischen Vorsitz, der sich nicht ausreichend um tragfähige Kompromisse bemüht hat.

Dennoch verlieren wir nicht die Hoffnung, dass in diesen Staaten die Vernunft über den politischen Opportunismus siegen wird. Wir fordern sie erneut auf, die Aufnahme des Themas Neonazismus in die Tagesordnung des HDIM nicht länger zu blockieren und damit die Durchführung des gesamten Treffens zu verhindern. Die russische Seite ist bereit, sich weiterhin konstruktiv an der Erreichung eines Konsenses über das gesamte „Paket“ von Beschlüssen zu beteiligen.

Ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sondersitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.